

# Medienspiegel Woche 14 / 2016



## **Appenzell Innerhoden / Landsgemeinde / Bannwart Paul / Inauen Roland / Fremdsprachen**

Für eine starke Volksschule AI, 3.4.2016

**Aktuell – Meine Stellung bei der anstehenden Abstimmung** **1**

Tagblatt, 8. April 2016

**Glücklich mit dem «Non»** **3**

## **Fremdsprachen / Thurgau / Sprachenstreit / HarmoS / Herzog Verena**

NZZaS, 3.4.16

**Die nationale Kohäsion hängt nicht von Thurgauer Kindern ab** **5**

Tagblatt, 6. April 2016

**«Das ist emotionales Getue»** **5**

Tagblatt, 08. April 16

**Vorgeschobener Verfassungsbruch** **7**

## **Fremdsprachen / Basel / Lehrmittel / "Mille feuilles" / Methodenfreiheit / Eltern / Eymann Christoph**

Schule Schweiz, 3.4.16

**Leserbriefe aus der BaZ zur Didaktik von «Mille feuilles»** **8**

## **Kalberer Urs / Eymann Christoph / Fremdsprachen / Studien**

Schule Schweiz, 5.4.16

**Kritik fällt auf Eymann zurück** **9**

## **Pfenninger Simone / Eymann Christoph / Fremdsprachen / Studien**

Basler Zeitung, 08.04.2016

**«Es ist schwierig für Politiker, zurückzurudern»** **10**

## **Volksschule / Therwil / Gleichheit / Religion / Kultur / Respekt**

Tagesschau, 3.4.2016

**Händedruck verweigern – Sonderwünsche lösen Diskussionen aus** **12**

Basellandschaftliche Zeitung, 8.4.2016

**Verständnis muss auch Grenzen haben** **12**

## **Integration / Ausgrenzung / Calcagnini Elisabeth / Nachteilsausgleich / Gymnasium / Zürich**

Südostschweiz, 6.4.16

**Die Illusion vom Ende der Ausgrenzung** **14**

NZZ, 7.4.2016

**Nachteilsausgleiche an Zürcher Kantonsschulen** **15**

## **Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) / Zug / Evaluation**

Schulinfo Zug, 07.04.2016

**ÜGK: Nach den Frühlingsferien geht es los!** **18**

## **Künzli Rudolf / Paradigmenwechsel / Demokratie / Agenda 2030 / Herzog Walter / Fremdsprachenevaluation / Lehrer / Hahn Ulla**

„Schule Schweiz für Unentwegte“... Grundlagenartikel und Rosinen

**19**

Für eine starke Volksschule AI, 3.4.2016

## Nein zum Lehrplan 21

*Keine Schulversuche mehr mit unsern Kindern*

### **Aktuell – Meine Stellung bei der anstehenden Abstimmung**

Ich werde mich im Zusammenhang mit der bevorstehenden Landsgemeinde nicht mehr für die Initiative „Für eine starke Volksschule“ öffentlich einsetzen gemäss Abmachung mit Landammann Roland Inauen. Ich werde mich aber gegebenenfalls wehren wenn jemand schönfärberische Lobreden auf den Lehrplan 21 schwingen wird. Landammann Roland Inauen hat unsere Abmachung bei der SVP sehr gut klargelegt.

*Appenzeller Zeitung 31. März 2016 (Auszug)*

*Der Lehrplan 21 ist ein Thema, das bei der SVP Appenzell Innerrhoden Emotionen weckt. Doch Landammann Roland Inauen versucht die Parteimitglieder im Falle einer Ablehnung der Initiative «Für eine starke Volksschule» zu beruhigen. So versichert er den rund 20 anwesenden Parteimitgliedern, dass Appenzell Innerrhoden den Lehrplan 21 zwar umsetze, dies aber in einer moderaten Art und Weise geschehe. Das bedeutet: Weder Lernlandschaften noch altersdurchmisches Lernen oder eine Basisstufe halten Einzug in den Schulen Innerrhodens. «Wir setzen weiterhin auf gute Lehrerinnen und Lehrer. Das ist das Wichtigste für unsere Schulen», sagt Roland Inauen.*

*Die Verantwortlichen der Schulgemeinden sollen künftig mit grosser Sorgfalt Lehrpersonal einstellen und nach bestimmten Kriterien auswählen. «Das betrifft auch die Religion», so der Landammann. Die SVP-Mitglieder reagieren darauf zustimmend, aber auch kritisch. Die Frage, was passiere, wenn nur noch Lehrer mit einer Lehrplan-21-Ausbildung angestellt werden, eröffnet eine kurze Diskussion. «Wir haben Grundbedingungen, an die wir uns halten. Da ist es egal, welche Ausbildung das Lehrpersonal hat», sagt Inauen.*

### **Medienmitteilung vom 24. März 2016:**

Rückzug der Initiative „Für eine starke Volksschule“

Ich ziehe meine im letzten Sommer eingereichte Initiative „Für eine starke Volksschule“ zurück, sofern dies zum jetzigen Zeitpunkt möglich ist. Mit der Initiative wollte ich vor allem die Einführung des Lehrplans 21 verhindern. Die Diskussionen, Veranstaltungen und die Gespräche mit den verschiedensten Exponenten gaben mir das Vertrauen, dass der neue Lehrplan pragmatisch, moderat und unter Berücksichtigung der Appenzeller Eigenheiten umgesetzt werden wird. Die für mich problematischen Aspekte haben sich relativiert.

Im Verlaufe der Zeit konnte ich feststellen, dass bei der vorgesehenen eigenständigen Umsetzung des neuen Lehrplans Kultur, Tradition und christliche Grundsätze in den Schulen weiterhin gebührend berücksichtigt werden.

Mir wurde auch versichert, dass für den Unterricht keine Absicht besteht, das selbstgesteuerte oder individualisierte Lernen gegenüber anderen Methoden zu bevorzugen. Meine Befürchtung, dass die Schulzimmer in sogenannte Lernlandschaften umgestaltet werden müssen, in welchen die Schüler mit Hilfe des Computers oder anderer durch die Lehrperson bereitgestellten Mitteln

für sich alleine lernen sollen, stellte sich als unbegründet heraus. Die Lehrpersonen werden weiterhin für die Klassenführung verantwortlich sein. Eine Veränderung der Lehrerrolle in Richtung eines hauptsächlich begleitenden Coachs sei nicht vorgesehen.

Es zeigte sich auch, dass die Einführung des sogenannten altersdurchmischten Lernens ebenfalls kein Thema für unsere Schulen ist. Sie werden weiterhin in Jahrgangsklassen oder – in den kleineren Schulgemeinden – in bewährten Mehrjahrgangsklassen geführt, beispielsweise erste und zweite Klasse zusammen. Eine Einführung der Basisstufe (Kindergarten und 1./2. Klasse zusammen) war zu keinem Zeitpunkt vorgesehen. Ebenso wird der Landsgemeindebeschluss von 2008 respektiert; das erste Kindergartenjahr wird freiwillig bleiben.

In der Fremdsprachenfrage hat sich der Kanton Appenzell Innerrhoden öffentlich klar positioniert. Laut Landammann und Erziehungsdirektor wird ohne Not nichts an dieser Strategie geändert: Auf der Primarstufe soll nur eine Fremdsprache unterrichtet werden, die zweite soll auf der Oberstufe folgen.

Dass sich der Kanton Appenzell Innerrhoden weiterhin zurückhaltend gegenüber jährlichen Standardtests auf eidgenössischer Ebene verhält, wurde von mir positiv aufgenommen.

Ich hoffe, mit den geführten offenen Diskussionen einen Beitrag für eine moderate Entwicklung unseres Bildungswesens geleistet zu haben und danke für die konstruktiven Gespräche.

24. März 2016

Paul Bannwart  
Bäbelers 5  
9050 Appenzell Steinegg

<http://www.ai-lp.ch/#comment-2>

Tagblatt, 8. April 2016

## Glücklich mit dem «Non»



In Appenzeller Schulstuben wird seit 2001 Französisch erst ab der siebten Klasse unterrichtet.

Norbert Senn Chef des Volksschulamtes Appenzell Innerrhoden

**Der Kanton Thurgau will das Frühfranzösisch in der Primarschule abschaffen. Appenzell Innerrhoden hat das vor rund 15 Jahren bereits getan. Und will nicht mehr zurück. Denn die Erfahrungen seien positiv.**

CHRISTIAN KAMM

FRAUENFELD. Alle kritisieren den Thurgau und seine Absicht, das Frühfranzösisch aus dem Lehrplan der Primarschule zu kippen. Wirklich alle? Nein, ein kleiner Halbkanton in der Ostschweiz hat das, was der Thurgau möchte, schon längst selber getan. Seit 2001 wird in Innerrhoder Primarschulen Frühenglisch unterrichtet – auf Kosten von Frühfranzösisch. Nicht zum Nachteil der Französischkenntnisse der Schulabgänger, ist man in Appenzell Innerrhoden nach 15 Jahren Erfahrung von diesem Weg überzeugt.

### **Die Stimme des Praktikers**

Der Innerrhoder Ständerat Ivo Bischofberger (CVP) beispielsweise kann mit der Autorität eines Praktikers sprechen, der damals in der Pionierphase hautnah dabei gewesen ist. Bischofberger war bis 2010 zehn Jahre lang Rektor am Gymnasium Appenzell. Er sagt über die Erreichung der Lernziele auch ohne Frühfranzösisch: «Es geht, das kann ich klar bestätigen.» Aber: Analog zu den heutigen Plänen im Thurgau wurden auch in Innerrhoden die Französischpensen auf der Oberstufe entsprechend aufgestockt.

Das Gymnasium Appenzell stand laut Bischofberger vor einer speziellen Herausforderung. Die meisten Schüler wechseln nach der sechsten Klasse ins Kollegium, wie die Kanti in Innerrhoden heisst. Dort drücken jedoch nicht nur Innerrhoder die Schulbank. «Wir hatten Schüler aus Innerrhoden mit Frühenglisch, aber null Französischkenntnissen, Ausserrhoder mit Frühfranzösisch, bis 2008 aber ohne Englisch und mussten das alles auffangen», blickt Bischofberger zurück.

### **«Wenn man will, dann geht's»**

Gelöst wurde diese heterogene und entsprechend schwierige Ausgangslage mit einer Schnittstelle nach zwei Jahren. Dann, so das Ziel der Schule, sollten alle Schüler des Kollegiums punkto Französisch und Englisch auf demselben Level die verbleibenden vier Jahre bis zur Matura in Angriff nehmen. «Das ist uns gelungen», bilanziert Bischofberger. «Wenn man wirklich will, dann funktioniert's. Aber es braucht einen gewissen Aufwand.» Klagen von weiterführenden Schulen, dass die Innerrhoder einen Rückstand beim Französisch hätten, sind Bischofberger jedenfalls nie zu Ohren gekommen.

Norbert Senn, Chef des Innerrhoder Volksschulamtes, verweist an diesem Punkt auch auf die Maturaquote, die 2014 sogar leicht über dem schweizerischen Durchschnitt lag. Zwar hat der

Halbkanton die Französischkenntnisse seiner Schulabgänger nie speziell evaluiert. Senn bestätigt aber, dass es keine negativen Rückmeldungen etwa von Berufsschulen gibt. Was den Amtschef nicht überrascht. Auf der Primarstufe unterrichte eine nicht auf Sprachen spezialisierte Lehrperson Frühfranzösisch als eines unter acht oder neun Fächern, gibt Senn zu bedenken. Hingegen betreue auf der Oberstufe eine speziell für Fremdsprachen ausgebildete Lehrkraft homogene Niveaunklassen – und das in höherer Lektionendotation. Hier sei deutlich effizienteres Lernen möglich. «Wir stehen zu unserem Weg und sind überzeugt, dass es ein guter Weg ist.»

### ***Kantonswechsel ein Problem***

Immerhin: Einen Einwand gegen die Aufkündigung des Sprachenkompromisses durch die Streichung des Frühfranzösisch lässt auch Ständerat Bischofberger gelten: Wenn ein Schüler ohne Frühfranzösisch in einen Kanton mitwechselt. Deshalb brauche es vor dem Entscheid, auf Frühfranzösisch zu verzichten, auch eine Güterabwägung. Nicht zuletzt müsse man sich die Frage stellen: «Wie viele Schüler sind überhaupt betroffen?»

Senn verweist auf die Problematik der Migrantenkinder, die bekanntlich in der Schule überall bei null beginnen müssten. «Verglichen damit ist die Migration innerhalb der Schweiz doch kein Problem.»

So geschlossen sich beide hinter den Innerrhoder Weg stellen, so entschieden lehnen sie eine mögliche Intervention des Bundes ab. «Ein Eingreifen des Bundesrates wäre höchst problematisch. Das darf keine Option sein», so Bischofberger. Ein gewisser Wettbewerb unter den Kantonen sei eine Stärke der Schweiz, sagt Senn. Dieser bringe mehr, «als alles zu reglementieren».

### ***Lehrmittel erneuern***

Bleibt die Frage der Lehrmittel. Die Neueren sind alle auf eine Schule mit Frühfranzösisch ausgerichtet. Senn räumt denn auch ein, dass hier etwas geschehen müsse und ein Lifting nötig sei. «Wir sind interessiert, mit andern Kantonen etwas Neues zu machen.» Also auch bald mit dem Thurgau? Senn selber dürfte dieser Kontakt über die Kantonsgrenze hinweg nicht allzu schwer fallen. Er ist zwar Amtsleiter in Innerrhoden, aber von Haus aus ein Thurgauer. Und er sitzt in seinem Wohnkanton Thurgau auch im Grossen Rat.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/ostschweiz/tb-os/Gluecklich-mit-dem-Non;art120094,4582432>

NZZaS, 3.4.16

## **Die nationale Kohäsion hängt nicht von Thurgauer Kindern ab**

**Kommentar von Stefan Bühler**

Es ist ein pädagogischer Entscheid: Im Thurgau versprechen sich die Bildungsverantwortlichen bessere Lernerfolge, wenn die Schüler erst auf der Oberstufe Französisch lernen; mit fast täglichem, intensivem Unterricht und Aufenthalt in der Romandie. Hingegen entfällt ab Sommer 2017 das Frühfranzösisch auf der Primarstufe. Ob die Ostschweizer damit richtigliegen, werden die Erfahrungen zeigen, heute weiss das niemand. Gleichwohl ist die Kritik am Vorgehen der Thurgauer bereits heftig: Von einer Missachtung der französischsprachigen Minderheit ist die Rede. Manche sehen gar den nationalen Zusammenhalt in Gefahr. Das ist krass überzogen. Das gedeihliche Zusammenleben in der Schweiz hängt nicht davon ab, wann die Kinder im Thurgau erstmals Französischunterricht geniessen. Ihre Kritik fällt vielmehr auf die Kritiker zurück: Mit dem herbeigeredeten Sprachenstreit laden sie die Sprachenfrage unnötig politisch auf, mischen sich in pädagogische Belange und erschweren damit pragmatische Lösungen. Vollends kontraproduktiv wäre vor diesem Hintergrund ein gesetzlicher Frühfranzösisch-Zwang, wie ihn Bundesrat Alain Berset androht. Besser wäre eine typisch französische Methode, jene des Laissez-faire.

<http://webpaper.nzz.ch/2016/04/03/hintergrund/O3G4Q/die-nationale-kohaesion-haengt-nicht-von-thurgauer-kindern-ab>

Tagblatt, 6. April 2016

### **«Das ist emotionales Getue»**



Verena Herzog SVP-Nationalrätin (Bild: Reto Martin)

**SVP-Nationalrätin Verena Herzog ist Urheberin der Debatte über die Abschaffung des Frühfranzösisch. Sie ist überzeugt, dass dies den Thurgauer Schülern zugute kommt. Interventionsdrohungen von Bundesrat Alain Berset machen ihr keinen Eindruck.**

MICHÈLE VATERLAUS

*Frau Herzog, glauben Sie, die Thurgauer Schüler können am Ende der obligatorischen Schulzeit genau gleich gut Französisch wie die anderen Kinder der Deutschschweiz, welche bereits in der Primarschule Französisch lernen?*

Verena Herzog: Davon bin ich überzeugt. Das Wesentliche beim Sprachenlernen ist doch, dass auf etwas aufgebaut werden muss. Können die Schüler besser Deutsch, haben sie bessere Grundlagen, um dann in der Oberstufe Französisch zu lernen. Das heisst, die Französischlektionen, die in der Primarschule wegfallen, müssen genützt werden, um die Fähigkeiten in Mathematik und Deutsch zu verbessern. Im neuen Lehrplan sind zudem 14 Wochenlektionen Französisch über die drei Jahre in der Oberstufe vorgesehen. Damit haben die Thurgauer Schüler bis am Ende der Schulzeit gleich viel Französischunterricht wie bisher.

*Bereits vor drei Jahren, als Sie die Motion zur Abschaffung des Frühfranzösisch einreichten, hagelte es Kritik: Das sei Missachtung des Volkswillens und ein Verstoss gegen den Sprachenkompromiss.*

Herzog: Wesentlich ist doch, was die Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit können. Wollten wir alles gleich haben wie alle anderen Kantone, dann wäre der Thurgau dem Harmos-Konkordat beigetreten. Das sind wir aber nicht.

*Trotzdem droht Bundesrat Berset schon länger mit Intervention, wenn der Thurgau das Frühfranzösisch kippt. Er könnte mit der Änderung des Sprachengesetzes den Thurgau tatsächlich zum Frühfranzösisch zwingen.*

Herzog: Das wäre sehr unklug. Die Bildungshoheit liegt bei den Kantonen. Argumente, wie der nationale Zusammenhalt leide darunter, sind emotionales Getue. Wir schätzen die anderen Regionen und Sprachen der Schweiz. Zudem drohte Alain Berset schon länger mit Intervention.

*Sie haben auch schon länger angekündigt, dass Sie sich dagegen wehren werden. Wie?*

Herzog: Das ist auf Bundesebene nicht ganz einfach. Aber erst müsste einer Änderung des Sprachengesetzes vom Parlament zugestimmt werden. Hört man sich in der Bevölkerung um, kann festgestellt werden, dass die Abschaffung des Frühfranzösisch nicht so dramatisch gesehen wird.

*Sie meinen, es wird auch kein Problem sein, wenn Sie als Co-Präsidentin des Vereins Expo 2027 die welschen Parlamentarier für die Expo 2027 gewinnen müssen?*

Herzog: Nein. Dass der Zusammenhalt gefährdet ist, ist – wie schon gesagt – emotionales Getue. Ziel ist ja, dass die Kinder am Ende der Volksschule über bessere Deutsch- und mindestens gleich gute Französischkenntnisse wie bisher verfügen.

*SVP-Vertreter haben eine Initiative gegen den Lehrplan 21 lanciert. Also jene Partei, die gegen das Frühfranzösisch ist, das aus dem Lehrplan verbannt wurde. Ändert die SVP jetzt ihre Meinung zum neuen Lehrplan?*

Herzog: Also erstens ist das Komitee ein überparteiliches, dem neben SVP-Vertretern auch Vertreter der CVP, EDU, SP und parteilose Eltern angehören. Und zweitens ist der Lehrplan 21 ein anderes Thema. Er schießt am Ziel vorbei und fordert einen riesigen administrativen Aufwand für die Lehrpersonen.

*Warum wird auf dem Thurgau rumgehackt? Andere Kantone haben auch kein Frühfranzösisch, Appenzell Innerrhoden zum Beispiel oder der Kanton Aargau.*

Herzog: Das ist nur, weil es im Thurgau gerade aktuell ist.

*Wo haben Sie eigentlich Französisch gelernt?*

Herzog: In der Oberstufe. Als ich Nationalrätin wurde, war ich drei Wochen in Avignon, um die Sprache nochmals zu lernen. Ich mag Sprachen. Aber um Fremdsprachen zu lernen, braucht es eine gute Deutschbasis.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kantonthurgau/tz-tg/Das-ist-emotionales-Getue;art123841,4580018>



Tagblatt, 08. April 16

## Vorgeschobener Verfassungsbruch

Leserbrief von Lisa Leisi

**Thurgauerlied steht im Lehrplan**  
Ausgabe vom 2. April 2016

### Vorgeschobener Verfassungsbruch

Dass der Thurgau mit der Verschiebung des Französischunterrichts an die Oberstufe einen Verfassungsbruch begehen soll, ist nichts anderes als eine gewollte Auslegung. Entscheidend müsste sein, ob diese Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit ein vergleichbares Niveau im Französisch erreichen wie diejenigen Schüler mit bereits früherem Unterricht. Diese Änderung stellt die Harmonisierung genauso wenig oder sehr in Frage wie die unterschiedliche Reihenfolge bei der Einführung von Englisch und Französisch in den Deutschschweizer Kantonen. Es ist davon auszugehen, dass die

EDK Bundesrat Alain Berset geraten hat, die Entscheidung des Kantons Thurgau als Verfassungsbruch auszulegen und bald Massnahmen zu ergreifen, damit nicht noch mehr Kantone aufmüpfig werden. Dies muss zu denken geben. Insbesondere, da sich immer mehr Kantone, Lehrer, Eltern und Politiker von Sprachwissenschaftlern und der Praxis bestätigt sehen, dass zu viele und zu früh eingeführte Fremdsprachen keinen Nutzen haben, weil die Voraussetzungen für zielführende Fortschritte in diesem Alter noch nicht gegeben sind. Alain Berset könnte ebenso vom Bund aus verordnen, dass alle Schulen erst an der Oberstufe eine zweite Fremdsprache lernen. Dies würde wenigstens Sinn machen.

**Lisa Leisi**

Michelastr. 29, 9615 Dietfurt



*Schule Schweiz, 3.4.16*

### [Problem ist die Lernmethode](#)

Endlich bestätigen Studien, was viele Eltern schon seit Jahren predigen: Die neue Sprachendidaktik, welche ab der 3. Klasse angewendet wird, taugt nichts. Das Problem ist nicht das Frühfranzösisch an sich und auch nicht die zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse. Das Problem ist die Lernmethode. Besonders untauglich ist das System «Mille feuilles». «C'est traumatiser les enfants», meinte eine französischsprachige Bekannte, als sie einen Blick in dieses Lehrmittel warf. Keine klare Struktur, kein klarer Sprachaufbau, wenig Grammatik, weltfremder Wortschatz, viel zu komplizierte Texte, teilweise «bireweiche» Projekte und Aufgaben.

**Leserbrief, Basler Zeitung, 2.4. von Susanne Stettler**

[Weiterlesen »](#)

### [Verantwortliche Schreibtischtäter gehören weg](#)

Haben Sie das gewusst? Nach der sogenannten Mehrsprachigkeitsdidaktik gemäss Passepartout-Konzept dürfen die Primarschüler/-innen in Französisch statt «je» auch «schö» schreiben. Und die Primarlehrperson darf die Kinder nicht korrigieren. Selbst die Eltern werden angehalten, bei den Hausaufgaben nicht korrigierend einzuwirken.

**Leserbrief, Basler Zeitung, 2.4. von Kathrin Schaltenbrand-Kovacs**

[Weiterlesen »](#)

### [Sprachpütze statt Sprachbad](#)

Ich habe mich während der letzten zwei Jahre intensiv mit dem Fremdspracherwerb in der Primarschule und dem Französisch-Lehrmittel «Mille Feuilles» (M.F.) befasst. M.F. wirkt äusserlich ansprechend und die Kinder haben zunächst ihren Spass. Leider verfliegt die anfängliche Freude bei vielen Kindern rasch und weicht einer Enttäuschung. Die Kinder geben an, «nichts mehr zu verstehen». Die erste Fremdsprache mutiert zu einem unbeliebten Fach. Das war zum Teil auch früher so, nur hatte man damals wenigstens einen Grundwortschatz, einige Grammatikregeln und Kenntnisse über die Konjugation von Verben im Gepäck – heute ist das Gepäck sehr leicht, weil kaum etwas im Gedächtnis haften kann.

**Leserbrief, Basler Zeitung, 4.4. von Elisabeth Deppeler-Schlegel**

[Weiterlesen »](#)

*Schule Schweiz, 5.4.16*

## **Eymanns Mühe mit Kritik**

Regierungsrat [Eymanns Replik auf den Artikel «Ein Flop, den niemand sofort stoppen will»](#) von BaZ-Journalist Thomas Dähler besteht darin, ihm vorzuwerfen, er würde nicht sachlich berichten. Diese Igeltaktik passt haargenau zum gängigen Abwehrmechanismus der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), deren Präsident Eymann ist: Kritiker werden reflexartig als unwissend oder schlecht informiert hingestellt und so diffamiert. Ähnlich ergeht es auch den zahlreichen, sachlich Kritik übenden Eltern und Basler Lehrpersonen, denen vorgehalten wird, sie verstünden halt eben das System (noch) nicht. Der EDK ist Kritik, so fundiert und belegt sie auch immer ist, ein Dorn im Auge – diese könnte ja den Elfenbeinturm zum Einsturz bringen.



*Die Gymnasiastin Alina Isler knüpft sich EDK-Chef Eymann vor, Bild: Basler Zeitung*  
**Eymann negiert die Realität, Basler Zeitung, 5.4.16 von Alina Isler**

[Weiterlesen »](#)

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Schule Schweiz, 5.4.16

## Kritik fällt auf Eymann zurück

Herr [Eymann stellt in seiner Replik \(1.4.\) auf einen Artikel in der BaZ \(Ein Flop, den niemand sofort stoppen will, 29.3.\) fest](#): „Im Moment scheint ein Streit der Studien zu herrschen“. Damit liegt Herr Eymann falsch. Es herrscht kein Streit, im Gegenteil, die Wissenschaft ist sich sogar ausgesprochen einig: Früher Fremdsprachenunterricht mit zwei bis drei Lektionen pro Woche bringt nichts. Punkt.

**Urs Kalberer**



*"Wir haben ein sehr gutes Lehrmittel" - Christoph Eymann*

Die Schweizerische Koordinationskonferenz für Bildungsforschung CORECHED – zwei von sieben Mitgliedern stellt die EDK – bestellte bei der Universität Arhus (Dänemark) eine Studie. Darin wurde untersucht, welche Faktoren das Erlernen einer Drittsprache beeinflussen, insbesondere die Auswirkungen von bilinguaem Unterricht auf eine weitere Fremdsprache. Da wir aber an der Schweizer Volksschule keinen bilingualen Unterricht kennen, ist der gewählte Forschungsschwerpunkt für die aktuelle Schweizer Sprachendebatte von untergeordneter Bedeutung. Diese Fehlleistung (die Kosten der Studie wurden nicht veröffentlicht) könnte ein Hinweis darauf sein, mit welcher Inkompetenz die Schweizer Entscheidungsträger agieren. Weiter unterstellt Eymann bestimmten kritischen Studien Qualitätsmängel, da sie bei der dänischen Studie ausgeblendet wurden. Dies ist unhaltbar, da durch das engmaschige Netz der spezifisch auf den Drittspracherwerb ausgerichteten Fragestellungen namhafte Untersuchungen mit besonderer Bedeutung für die Schweiz keine Berücksichtigung fanden. Trotz der für unsere Schulen wenig relevanten Befunde bestätigte die dänische Studie hinsichtlich des Starts des Fremdsprachenlernens dennoch, dass ein späterer Beginn vorteilhaft sei. Ausserdem hält sie fest: „Je älter die Schüler beim Start einer Drittsprache sind, desto besser schneiden sie an Leistungsüberprüfungen ab“.

Indem nun Eymann als Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz – vorsätzlich oder nicht – die irreführende Interpretation der CORECHED übernimmt, wonach für das Verbannen des Französischunterrichts aus der Primarstufe keine Forschungsergebnisse ins Feld geführt werden können (dies wurde gar nicht untersucht), vermittelt er eine gravierende Fehlinformation. Dies besonders in Anbetracht der Situation, dass die Schweizer Öffentlichkeit seit Jahren auf Studien wartet, die eine Vorverschiebung des Fremdsprachenunterrichts rechtfertigen könnten.

Das geltende Sprachenkonzept wurde 2004 eingeführt. Seit Jahren werden immer wieder Evaluationen in Aussicht gestellt mit dem alleinigen Zweck, die unbefriedigende Einführung der beiden Primarfremdsprachen zu zementieren. Ist Herr Eymann trotz des engen Dialogs mit der Lehrerschaft entgangen, dass sich auch im Bereich der Lehrmittel ein wachsender, kantonsübergreifender Widerstand gegenüber der neuen Fremdsprachendidaktik zusammenbraut? Sein Urteil „Wir verfügen über ein ... sehr gutes Lehrmittel“, erinnert in diesem Zusammenhang eher an eine Durchhalteparole. Die Vertröstungen und die systematische Diffamierungsrhetorik, die Herr Eymann gegenüber Kritikern anwendet („Stammtischniveau“, „Fehlende Qualität“), fällt bei genauer Betrachtung seiner gemachten Aussagen auf ihn selbst zurück.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2016/04/kritik-fallt-auf-eymann-zuruck.html>

Basler Zeitung, 08.04.2016

## «Es ist schwierig für Politiker, zurückzurudern»

Von Thomas Dähler.

**Die Zürcher Linguistin Simone Pfenninger wehrt sich gegen die Kritik von Regierungsrat Christoph Eymann. Sie fordert in Sachen Frühfranzösisch einen Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.**



Erfolgreich: Simone Pfenninger wurde für ihre Studie mit dem Mercator-Preis 2015 ausgezeichnet.

**Sie haben, Frau Pfenninger, im Rahmen des Projekts «Beyond Age Effects», eine Studie zum Fremdsprachenunterricht verfasst. Was entgegnen Sie dem Präsidenten der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), wenn er sagt, diese Studie sei qualitativ ungenügend?**

**Simone Pfenninger:** Es wird hier eine Debatte geführt, die sehr stark emotionalisiert ist und persönlich wird. Damit wird ein sachlicher Dialog schwierig. Es handelt sich bei meiner Studie um Langzeituntersuchungen, die nicht erst durch die gegenwärtige politische Debatte ausgelöst wurden. Aber es wäre wichtig, dass darüber ein Dialog zwischen Bildungspolitikern und der Wissenschaft geführt wird.

**Sie haben für Ihre Studie einen Preis erhalten, mit dem junge Forschende für hervorragende wissenschaftliche Leistungen von gesellschaftlicher Relevanz ausgezeichnet werden.**

Ja, für diese Arbeit wurde mir der Mercator-Preis 2015 verliehen. Artikel zu dieser Studie wurden auch in renommierten Zeitschriften veröffentlicht. Ausserdem verleiht mir die Universität Zürich dieses Jahr dafür die Habilitation. Der grosse Vorteil der Langzeitstudie ist, dass sie auf einem Vergleich zwischen Frühlernenden und Spätlernenden basiert. Es ist dies die einzige Studie, die auf einer genügenden Kontrollgruppe von Spätlernenden basiert. Wir haben die Gelegenheit des Wechsels der Bildungsmodells ergriffen und zwischen Gymnasiasten verglichen, die nach altem System spät eine Fremdsprache erlernt haben und jenen, die mit der Frühfremdsprache aufgewachsen sind. Heute wäre der Start eines solchen Projekts nicht mehr möglich, weil es die Spätlernenden nicht mehr gibt.

**Regierungsrat Christoph Eymann hat darauf hingewiesen, dass Ihre Ergebnisse keinen Eingang in die von der EDK in Auftrag gegebene dänische Studie über das gleichzeitige Erlernen mehrerer Fremdsprachen gefunden haben.**

Ich habe mich persönlich bei einer der vier Autorinnen und Autoren des Berichts erkundigt. Diese hat mir gesagt, sie hätten nur Studien bearbeitet, die sich dezidiert mit der Drei- oder Viersprachigkeit beschäftigt haben. Meine Studie aber beschäftigt sich mit Faktoren, die das Erlernen einer Fremdsprache beeinflussen.

**Sie haben sich demnach nicht mit mehrsprachigen Schülerinnen und Schülern beschäftigt?**

Nein, der Fokus liegt auf dem Altersfaktor im schulischen Kontext. Das muss man auch gut auseinanderhalten. Ich kenne den Bericht aus Dänemark. Mit Alterseffekten setzt er sich in der Tat nicht im Detail auseinander. Nur an einer Stelle in der Schlussfolgerung zum Beispiel enthält der Bericht aus Dänemark Bemerkungen zum Alter zu Lernbeginn. Dort besagt er, dass Spätlernende eine Fremdsprache besser oder gleich gut erlernen.

**Wie allgemein gültig sind die Aussagen aus Ihrem Projekt «Beyond Age Effects»?**

In unserer Studie haben wir Gymnasiasten verglichen, die ab acht Jahren Englischunterricht hatten, und solche die erst ab 13 Englisch lernten. Gymnasiasten deshalb, weil sie über eine genü-

gend lange Zeit beobachtet werden können. Die Studie ergab, dass die Spätlernenden die Frühlernenden schon nach kurzer Zeit einholen, nicht nur in Bezug auf Hörverständnis und mündliche und schriftliche Fähigkeiten, sondern auch bezüglich Lernstrategien und Motivation.

**Ist es nachteilig, sich bei den Untersuchungen auf Gymnasiasten zu beschränken?** Nein, das ist es nicht, denn wenn sich bei schulisch starken und hoch motivierten Schülerinnen und Schülern keine Erfolge einstellen, ist das umso aussagekräftiger. Der Nachteil meiner Studie ist jedoch, dass sie sich ausschliesslich mit Frühenglisch befasst und deshalb nicht einfach auf das Frühfranzösisch übertragen lässt.

**Die Berichte über Ihre Studie sind schon seit längerer Zeit öffentlich. Können Sie sich erklären, weshalb die Politik und namentlich die EDK die Studie nicht zur Kenntnis nimmt?** Das ist nicht nur in der Schweiz zu beobachten. Da werden Projekte in Auftrag gegeben, und die Resultate finden kaum den Weg in die Politik. Es ist schwierig für Politikerinnen und Politiker, zurückzurudern. Eine Korrektur wäre auch mit einem Gesichtsverlust verbunden. Die Entscheide für oder gegen eine Frühfremdsprache sind nach meiner Erfahrung immer auch politische Entscheide. Faktoren, die nur sehr wenig mit dem effektiven Erlernen einer Fremdsprache zu tun haben. Seinerzeit wurde auch gesagt, man wolle dem Trend, Kinder in den privaten Englischunterricht ausserhalb der Schule zu schicken, entgegenwirken.

**Welche Rolle spielt die Art und Weise, wie die Fremdsprache unterrichtet wird? Der frühe Beginn hat auch dazu geführt, dass nur zwei bis drei Lektionen pro Woche auf dem Stundenplan stehen.**

Das spielt in der Tat eine Rolle. Meine Studie richtet sich nicht grundsätzlich gegen das frühe Erlernen einer Sprache. Es gibt in Zürich etwa Schulen, die nach dem Prinzip der Vollimmersion – wo also einen ganzen Tag die Fächer in Englisch sind – unterrichten und gute Resultate erzielen. Doch davon sind die öffentlichen Schulen weit entfernt. Unsere Kritik richtet sich gegen die Praxis heute. Nicht das Alter ist entscheidend, sondern die Quantität, Qualität und Intensität des Unterrichts. Wichtig sind auch etwa kontextuelle Faktoren wie die Lehrperson und Klassengrösse oder die Lese- und Schreibfähigkeit in der Erstsprache.

**Also wäre konzentrierter besser?**

Es ist besser, eine Sprache konzentriert zu lernen. Der Kanton Thurgau möchte das jetzt so umsetzen: Er beginnt später, erst in der Oberstufe, dafür aber konzentrierter, möglichst jeden Tag. Wenn die zweite Fremdsprache erst später beginnt, werden Stunden frei, die für die erste eingesetzt werden können. Aus meiner Sicht würde ich jedoch mit Französisch beginnen und dort viel Zeit einsetzen. Englisch ist beliebter, wird nicht nur als Fremdsprache gelernt, sondern spielt auch eine Rolle als Lingua franca auf höherem Niveau und kann gemäss meiner Studie auf die Oberstufe verschoben werden.

**Weshalb setzt sich der Immersionsunterricht in der Schweiz nicht durch?**

Ich denke, das hängt zum Teil mit der kritischen Einstellung der Lehrkräfte zusammen. Diese befürchten, es könne sich negativ auf andere Fächer auswirken. Aber es gibt keine einzige Studie, mit der sich dies nachweisen liesse. Etwa Geografie auf Englisch: Darin läge jedoch eine grosse Chance. Oft sind solche Programme aber nur einer Minderheit von Schülerinnen und Schülern zugänglich.

**Sie müssten doch interessiert sein, die Ergebnisse Ihrer Studie dem Präsidenten der EDK zu erklären?**

Sie haben es ja gelesen: Das Interesse ist klein. Meine Studien sind alle öffentlich einsehbar. Wir sind auch für Gespräche sehr offen.

**Würden Sie einer Einladung der EDK zum Gespräch Folge leisten.**

Ja, absolut. Genauso, wie ich die Einladungen der Schulen annehme.

<http://bazonline.ch/basel/stadt/Es-ist-schwierig-fuer-Politiker-zurueckzurudern/story/21876134>

Tagesschau, 3.4.2016

## **Händedruck verweigern – Sonderwünsche lösen Diskussionen aus**

Religiöse und kulturelle Sonderwünsche an Schulen werfen grundsätzliche Fragen auf. So gesehen an der Sekundarschule in Therwil BL. Klare Leitlinien sind gefordert.

<http://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/haendedruck-verweigern---sonderwuensche-loesen-diskussionen-aus?id=1ea0e648-29ad-46c1-ad1c-35b7fc7738c1>

---

Basellandschaftliche Zeitung, 8.4.2016

## **Verständnis muss auch Grenzen haben**

von Nicolas Drechsler

**In Therwil dürfen muslimische Schüler sich weigern, ihrer Lehrerin die Hand zu schütteln. Dass die Therwiler Schulleitung es offenbar in Ordnung findet, wenn man einer Frau aus religiösen Gründen nicht die Hand gibt, ist ein krasses Beispiel für völlig falsch verstandene Toleranz.**

Die Geschichte der «Schweiz am Sonntag» macht Furore: In Therwil hat die Schulleitung mit muslimischen Schülern eine Vereinbarung getroffen: Aus Rücksicht auf ihre religiösen Gefühle müssen die Halbwüchsigen der Lehrerin nicht mehr die Hand geben. Nicht etwa, weil die Lehrerin schmutzige Hände hätte, sondern weil sie eine Frau ist. Die Reaktionen auf den Beitrag sind eindeutig und voraussehbar: «Geht gar nicht», ist der Grundtenor bei den Internetkommentatorinnen und Leserbriefschreibern. Und sie haben recht.

Was Integration genau zu beinhalten hat, darüber lässt sich diskutieren. Aber dass man sich an die grundlegendsten Anstandsregeln des Gastlandes hält, ist selbstverständlich. Oder sollte es sein. In einem orthodoxen Kloster in Griechenland verhüllt die Touristin ihre Beine, auf einer Parkbank in Teheran trinkt der durstige Reisende kein Bier. Wer aus religiösen – oder was für Gründen auch immer – meint, er könne sich nicht an lokale Grundregeln halten, der soll auf die Reise verzichten. Ob es nun eine Ferienreise ist oder eine Auswanderung. Darum sind beispielsweise Bussen für Schwimmunterrichts-Verweigerer, wie sie in Basel-Stadt verhängt wurden, richtig. Die Schulpflicht gilt bei uns für alle und für alle Fächer.

### ***Es geht um hart erkämpfte Werte und Rechte***

Dass die Therwiler Schulleitung es offenbar in Ordnung findet, wenn man einer Frau aus religiösen Gründen nicht die Hand gibt, ist ein krasses Beispiel für völlig falsch verstandene Toleranz. Dabei ist absolut unerheblich, ob es nun irgendwelche Rechtsschulen im Islam gibt, die den Handschlag mit Frauen ablehnen – im Koran steht das nämlich nirgends geschrieben. In unseren Breitengraden sind Frauen und Männer gleichberechtigt, werden mit der gebotenen Höflichkeit behandelt und das lernt man, wenn es schon zu Hause nicht geschieht, dann wenigstens in der Schule. Dass eine Schulleitung hier einknickt, zeigt, sie hat ihren grundlegenden Auftrag nicht erkannt: Mündige, kritische Bürger heranzuziehen, die sich in unseren Rechts- und Gesellschaftsnormen zu bewegen wissen.

Sonst muss man sich die Frage stellen, wie weit die Rücksichtnahme im Namen der Toleranz denn gehen soll. Ist es auch in Ordnung Frauen zu schlagen? Sollen reine Knabenklassen mit ausschliesslich männlichem Lehrpersonal eingerichtet werden?

Es geht hier nicht um den Islam, sondern um moderne Werte. Auf der Suche nach frauenverachtenden Stellen wird man auch in der Bibel rasch fündig. «Die Weiber seien untertan ihren Männern als dem Herrn», schreibt Paulus an die Epheser (5,22). Das kann ihm auch niemand verübeln, er tat das im ersten Jahrhundert und seine Aussage entsprach dem gesellschaftlichen Normativ. Wir aber leben im 21. Jahrhundert. Unsere Gesellschaft hat sich entwickelt. Nicht zuletzt dank Bildung, Aufklärung und Regeln, die in der Schule gelehrt werden. Wer hier nachgibt, tritt hart erkämpfte Werte und Rechte mit Füßen und bereitet den Weg für eine Rückkehr in finstere Zeiten.

<http://www.basellandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/verstaendnis-muss-auch-grenzen-haben-130176038>

### **Mehr zur Diskussion vor Ort**

- [Handschlag-Verweigerung](#)



Südostschweiz, 6.4.16

## **Die Illusion vom Ende der Ausgrenzung**

**Integration fordert für alle Menschen die volle Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Dabeisein ist alles. Mit Ausgrenzung soll Schluss sein. «Es ist normal, verschieden zu sein» oder «jedes Kind ist besonders».**

Elisabeth Calcagnini

Diese Devisen wurden zu einer neuen Weltanschauung erklärt, die in alle sozialen Bereiche ausstrahlte. Wer mag da widersprechen? Weltweit forderten die Vereinten Nationen die Auflösung aller Spezial- und Sonderschulen. Die Integration und zurzeit vermehrt sogar die Inklusion wurde und wird im Bildungswesen in vielen Ländern umgesetzt. Doch ein regulärer Unterricht für alle kann kein regulärer Unterricht mehr sein. Lerngruppen sollten in etwa ähnliche Lernvoraussetzungen haben. Eine Senkung des Niveaus für alle wird die Folge sein.

**Insbesondere behinderte und lernschwache Kinder haben ein Anrecht auf einen Schonraum, wo sie mit ihresgleichen, ohne dauernden Vergleich, ihre kleinen Lernfortschritte realisieren können.**

Wovon die Rede ist, wenn von Integration geredet und geschrieben wird, weiss ich aus eigener Erfahrung. In den Neunzigerjahren arbeitete ich als Audiopädagogin mit schwerhörigen, in den Regelklassen integrierten Kindern in einem separaten Kämmerlein den nicht verstandenen Stoff auf und beriet die Lehrpersonen, wie sie der Integration zum Gelingen verhelfen konnten. Mit Begeisterung baute ich ein Teilintegrationsprojekt für gehörlose Kinder auf. Von weit her wurden sie mit einem Taxi zum Schulhaus gefahren, wo ich sie in den Hauptfächern ihren Möglichkeiten entsprechend förderte. In den Fächern Turnen, Handarbeit, Zeichnen usw. waren sie in verschiedene Regelklassen integriert. Eine schöne Idee, doch unter den Gleichaltrigen blieben sie Aussenseiter und die Lehrpersonen verbrannten mit der zusätzlichen Belastung viel pädagogischen Enthusiasmus. Viele Jahre lang erlebte ich es hautnah mit, wie behinderte oder lernschwache Kinder tagtäglich auf schmerzliche Weise mit dem eigenen Unvermögen und der Einsamkeit in den Regelklassen konfrontiert waren. Allen Bemühungen und viel gutem Willen zum Trotz, bleiben Kinder mit Schwierigkeiten unterschiedlicher Art Aussenseiter und werden nach wie vor oft ausgegrenzt. Die Erleichterung von Kindern mitzerleben, die in der Oberstufe endlich mit anderen Kindern, die ähnliche Schwierigkeiten hatten, in einem geschützten Rahmen unterrichtet wurden, bleibt in lebendiger Erinnerung.



*Heterogene Klassen machen einen gemeinsamen Unterricht praktisch unmöglich. Bild Yanik Bürkli*

Auch hier im Kanton Graubünden werden je länger je mehr alle Kinder gemeinsam beschult. Viele Kleinklassen wurden geschlossen. Eine Sonderschule besuchen immer weniger Kinder. Und die Heilpädagogen werden zu mobilen Einsatzkräften degradiert, die im sogenannten Teamteaching gleichzeitig mit den Lehrpersonen anwesend sein müssen. Die heterogenen Klassen machen einen gemeinsamen Unterricht praktisch unmöglich. Die daraus entstehenden Probleme können weder mit individuellen Beurteilungen noch mit strukturellen Änderungen, mehr Geld, mehr Heilpädagogen und mehr Hilfspersonal behoben werden. Warum nicht Grösse zeigen, die falsche Ideologie verabschieden, auf ein vernünftiges mehrgliedriges Schulsystem zurückkommen und Kleinklassen wieder zulassen? Niemand will die Rückkehr zur früheren starr getrennten Beschulung, mit der vielen Kindern zum vorneherein Möglichkeiten verbaut wurden. Im Kanton Graubünden bliebe noch genügend Zeit, um von den Erfahrungen und den Fehlern, die in anderen Ländern und in anderen Kantonen gemacht wurden, zu lernen. Auch in einer mehrgliedrigen Schule sind sinnvolle Projekte möglich, wie zum Beispiel der Film «Rhythm is it», in dem Sonderschüler und Gymnasiasten zusammenarbeiten, eindrücklich zeigt.

*Elisabeth Calcagnini ist Heilpädagogin und Mitinitiantin der Doppelinitiative Gute Schule Graubünden – «Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen» und «Mitsprache bei Lehrplänen»*

<http://www.suedostschweiz.ch/blog/die-schule-von-morgen/2016-04-06/die-illusion-vom-ende-der-ausgrenzung>

NZZ, 7.4.2016

Nachteilsausgleiche an Zürcher Kantonsschulen

## **Benachteiligt oder zu wenig intelligent?**

**Legasthenie, Störungen im Autismusspektrum oder in der Aufmerksamkeit: Die Zahl von beeinträchtigten Schülern an Gymnasien steigt. Besorgte Lehrkräfte fragen sich nun, wo Grenzen zu ziehen wären.**

von Susanna Ellner

Paradox findet die Deutschlehrerin die Situation. Äussere Reize, wie etwa Lärm, lenkten einen ihrer Schüler, bei dem eine Aufmerksamkeitsdefizit-Störung (ADS) diagnostiziert wurde, ab. Als Massnahme für einen Nachteilsausgleich empfiehlt die Therapeutin dem 16-jährigen Gymnasialisten, während der Prüfungen Musik zu hören und fünf Minuten länger an der Aufgabenstellung arbeiten zu dürfen. «Musik hören? Ist das kein äusserer Reiz?», fragt sich die langjährige Lehrerin, die ihren Namen lieber nicht in der Zeitung lesen möchte, und merkt kritisch an: «Reichen fünf Minuten, um ein Defizit zu kompensieren?»

### **«Keine Pädagogen»**

Diskussionen, die um solche und ähnliche [Fragen bei Nachteilsausgleichen](#) (siehe Kasten) kreisen, kennt Ruedi Borer, Prorektor an der Kantonsschule Stadelhofen, aus eigener Erfahrung. «Im Lehrerzimmer sind auch schon Bemerkungen gefallen, dass es sich bei der einen oder anderen diagnostizierten Teilleistungsschwäche wohl eher um eine Teilintelligenzschwäche handelt», sagt Borer. Denn sei ein Schüler für eine akademische Laufbahn geeignet und in einem Fach schlecht, gäbe es rund ein Dutzend andere Fächer, in denen er diese ungenügende Note wettmachen könnte, so die Meinung.

Fragezeichen hinter einzelne therapeutische Massnahmen setzt jedoch auch Borer. «Man merkt, dass die Psychologen keine Pädagogen sind.» Laute beispielsweise ein Vorschlag, bei der Prüfung einer beeinträchtigten Schülerin statt bei 100 Prozent wie bei den anderen Schülern schon bei 90 Prozent der Punkte die Note 6 zu geben, käme dies einem Hinunterschrauben des Lernziels gleich und sei deshalb unzulässig. «Um die Maturitätsreife zu erlangen, müssen alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Lernziele erreichen», ist für Borer klar. Doch auch rein organisatorische Massnahmen, wie etwa verlängerte Prüfungszeiten, sind im dichten Stundenplan gar nicht so einfach unterzubringen, wie man auf Anhieb vermuten würde.

### **Eigentlich eher selten**

Das könnte in Zukunft noch schwieriger werden, denn die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Nachteilsausgleich an den Zürcher Gymnasien steigt von Jahr zu Jahr. «Die Schulleitungen und die Lehrpersonen fühlen sich zunehmend überfordert», so schildert Peter Lienhard, Professor an der Zürcher Hochschule für Heilpädagogik (HfH), seine Beobachtung. Vermehrt träten deshalb Fragen in den Vordergrund wie: Ist das jetzt wirklich ein Fall für einen Nachteilsausgleich? Wie viel Ungleichbehandlung ist notwendig und auch fair? Ist der Aufwand, der mit einer speziellen Massnahme verbunden ist, noch verhältnismässig? Gemäss Gesetz sollte ein Nachteilsausgleich nämlich nur bei einer eindeutig ausgewiesenen Behinderung zum Einsatz kommen. «Und solche sind eher selten», sagt Lienhard.

## **Mehr Grauzonenfälle**

Das Problem sieht Lienhard darin, dass es die Gymnasien häufiger als früher mit sogenannten Grauzonenfällen zu tun hätten. Als Beispiel nennt er Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörungen (ADHS). Bei diesen ist die diagnostische Trennschärfe diffuser als beispielsweise bei einer Hörbehinderung. «Wenn sich jemand nicht auf eine Sache konzentrieren kann, wie soll der Lehrer feststellen können, ob der Schüler fähig ist, sich selber komplexe Zusammenhänge zu erschliessen?», fragt Lienhard und sagt, was viele Lehrer insgeheim denken: «Wer die Kernanliegen einer Mittelschule wie das Sichaneignen von Bildung durch Lesen und das Verknüpfen von Wissen nicht eigenständig auf die Reihe bringt, ist im Gymnasium nicht am richtigen Ort.» Lienhard versteht es, wenn Eltern den besten Bildungsweg für ihr Kind möchten, aber es dürfe nicht sein, dass sie mit ärztlichen Diagnosen und Diskriminierungsvorwürfen Druck auf die Schulleitungen ausübten und es so zu einem inflationären Gebrauch von Nachteilsausgleichen komme.

Davon sind die Zürcher Kantonsschulen trotz steigenden Schülerzahlen noch immer weit entfernt. «Es handelt sich nach wie vor um Einzelfälle», sagt Daniel Kunz, der an der Kantonsschule Zürich Nord seit Jahren für das Thema zuständig ist. Von den rund 2000 Schülerinnen und Schülern haben derzeit 43 eine sogenannte «Vereinbarung über Massnahmen zum Nachteilsausgleich». Über die Hälfte, 27 Personen, leiden an einer Dyslexie (Legasthenie, Lese-Rechtschreib-Schwäche). Weiter gibt es 4 Personen mit einer Autismusspektrum-Störung, ebenfalls 4 mit einer Hörbehinderung, 2 mit einer Sehbehinderung und jeweils eine Person mit ADHS, Dyskalkulie, Muskelschwäche, sozialer Phobie, einer starken körperlichen Behinderung (im Rollstuhl) und einen Stotterer. «Diese Jugendlichen sind alles andere als dumm», sagt Kunz. Natürlich gebe es schon seit Jahrzehnten Legastheniker, doch man habe ihnen einfach keine Beachtung geschenkt. «Genauso wie früher ein schiefer Zahn nicht gleich ein Grund für eine Zahnspange war», erläutert Kunz, um die erhöhten Fallzahlen zu erklären. Nicht zuletzt sei in den letzten Jahren aber auch die Sensibilisierung für das Thema an den Gymnasien grösser geworden. «Lange waren Mittelschulen im Gegensatz zur Volksschule diesbezüglich ein weisser Fleck.»

## **Aufwand ohne Unterstützung**

Für Gisela Meyer Stüssi, Vizepräsidentin [des Vereins Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer](#), ist dies nicht weiter erstaunlich. «Gymnasiallehrer sind Fachlehrer, die über keine heilpädagogische Ausbildung verfügen.» Anders als auf Primarschulstufe würden sie auch nicht von schulinternen Heilpädagogen unterstützt. Dies nicht zuletzt, weil diese für die Gymnasialstufe gar nicht ausgebildet seien. «Die Vorschläge für Massnahmen, die die Lehrer von Therapeuten erhalten, müssen deshalb der Stufe angepasst werden», sagt Meyer Stüssi. Hinzu komme der Mehraufwand, der finanziell nicht entgolten werde: «Die Kommunikation mit Fachstellen und Eltern, das Ausfertigen eines Nachteilsausgleichsabkommens, das Verfassen und Durchführen von allenfalls unterschiedlichen oder längeren Prüfungen erfordern Zeit», weiss Meyer Stüssi als Gymnasiallehrerin aus eigener Erfahrung.

Trotz allem würde sie die Zunahme solcher Vereinbarungen nicht a priori als negativ werten, denn es handle sich um eine rechtliche Absicherung einer Massnahme, die vor [Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes](#) eben bloss auf einer individuellen Abmachung beruht habe. Umso mehr kommt Sonderpädagoge Peter Lienhard von der HfH zum Schluss, dass in vielen Fällen vermutlich gar kein Nachteilsausgleich nötig wäre. «Das alltägliche Eingehen auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler ist oft auch ohne Diagnose ziel führend. Ein offenes Gespräch und gesunder Menschenverstand helfen meist weiter.»

## **Richtlinien seit fünf Jahren gültig**

els. · Grundlage für Nachteilsausgleiche bildet das nationale [Behindertengleichstellungsgesetz aus dem Jahr 2002](#). Für die Gewährung von Ausgleichsmassnahmen an Gymnasien hat [die Schulleiterkonferenz Mittelschulen im Jahr 2011 Richtlinien](#) erarbeitet. Darin ist festgehalten, dass die Massnahmen für einen Nachteilsausgleich individuell und zeitlich begrenzt festgelegt werden, die Lernziele qualitativ nicht reduziert werden dürfen und eine diagnostizierte Funktionsstörung, das heisst eine dauerhafte Behinderung, vorliegen muss. Das können Dyslexie oder Dyskalkulie, körperliche Behinderungen, Störungen im Autismus-Spektrum sowie der Aufmerksamkeit und Hyperaktivität oder auch chronische Krankheiten sein. Nachteilsausgleiche sollen den Betroffenen eine faire Chance geben, das vorhandene Potenzial trotz Funktionseinschränkung umsetzen zu können.

So wird beispielsweise einem Stotterer bei einer mündlichen Prüfung mehr Zeit gewährt, einem Legastheniker bei einer Geschichtsprüfung kein Abzug für Rechtschreibfehler gemacht oder einer sehbehinderten Schülerin das Aufgabenblatt vom A4-Format auf A3 vergrössert. Nachteilsausgleiche sind somit nur gerechtfertigt, wenn sie den Kern der Zielaufgabe nicht tangieren. Sonst besteht die Gefahr, dass sich die Kompensation einer Benachteiligung in eine Bevorzugung verwandeln könnte.

<http://www.nzz.ch/zuerich/aktuell/nachteilsausgleiche-an-zuercher-kantonsschulen-benachteiligt-oder-zu-wenig-intelligent-ld.12063>

Schulinfo Zug, 07.04.2016

## **ÜGK: Nach den Frühlingsferien geht es los!**

**Die Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) steht im Kanton Zug sozusagen vor der Tür. Aber nicht nur der Kanton Zug, sondern alle Kantone machen mit. Erstmals werden damit schweizweit schulische Leistungen verglichen. 2016 in Mathe, 2017 im Bereich der Sprachen. Der Zuger Bildungsdirektor beurteilt die ÜGK differenziert.**

Von Lukas Furrer

Seit der Volksabstimmung vom Mai 2006 über die Bildungsartikel sind die Kantone per Bundesverfassung zur Harmonisierung von wichtigen Eckwerten im Schulwesen verpflichtet. Dazu gehört auch die Harmonisierung der Bildungsziele. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat im Juni 2013 beschlossen, den Erreichungsgrad der nationalen Bildungsziele zu überprüfen. Diese Erhebungen starten im Frühling 2016 mit 25'000 Schülerinnen und Schülern aller Schularten (Sekundarschule, Realschule, Werkschule, Gymnasium) des 9. Schuljahres in Mathematik.

### **Vollerhebung im Kanton Zug**

Alle Kantone, d. h. diejenigen, die dem HarmoS-Konkordat beigetreten sind und die Nicht-Beitritts-Kantone, haben sich entschieden, an der Erhebung teilzunehmen. Alle Kantone werden sich mit einer repräsentativen Stichprobe beteiligen. Für den kleinen Kanton Zug bedeutet dies, dass eine sogenannte Vollerhebung stattfinden muss. Das heisst, dass im Kanton Zug alle Schülerinnen und Schüler des 9. Schuljahres (Gemeindliche Schulen, Kantonsschulen, zwei Privatschulen) in Mathematik getestet werden. Das sind rund 1000 Schülerinnen und Schüler. Für den Kanton Zug ist Evelyne Kaiser vom Amt für gemeindliche Schulen für die Organisation verantwortlich.

### **Sprachen-ÜGK 2017**

Im Frühjahr 2017 folgt die ÜGK II. Dann werden die Schülerinnen und Schülern des 6. Schuljahres in der Schulsprache und der 1. Fremdsprache getestet, im Kanton Zug also in Deutsch und Englisch. Die Ergebnisse der ÜGK II sind geeignet, der Fremdsprachendebatte in der Schweiz zusätzlichen Schwung zu verleihen.

### **Steuerungswissen für die Kantone**

Die ÜGK wird die erste national durchgeführte Leistungsuntersuchung in der obligatorischen Schulzeit mit schweizerischen Messinstrumenten sein und PISA ergänzen. Die Ergebnisse der ÜGK sollen in erster Linie zeigen, inwieweit in den Kantonen die nationalen Bildungsziele erreicht werden. Es werden keine Aussagen über einzelne Schulen, Klassen, Lehrpersonen oder einzelne Schülerinnen und Schüler abgegeben. Im Fokus steht die Evaluation der kantonalen Schulsysteme. Ob und wie die ÜGK später weitergeführt wird, darüber will die EDK aufgrund der Erfahrungen mit den ersten beiden Durchläufen entscheiden.

### **Schnellschüsse vermeiden**

Für den Zuger Bildungsdirektor, Stephan Schleiss, ist die Überprüfung der nationalen Bildungsziele eine Folge der Harmonisierungsbestrebungen in der Volksschule. Ob die ÜGK die richtige Form sei, müsse sich zeigen. «Die ÜGK funktioniert, wenn die Ergebnisse verlässliche Hinweise auf Stärken und Schwächen der Schule liefern», so Schleiss. Was man in seinen Augen in der Schweiz verhindern sollte: Hektische Betriebsamkeit im Nachgang zu dieser neuen Erhebung. Die Erfahrungen mit PISA würden deutlich zeigen, dass sich pädagogische Schnellschüsse nicht auszahlen würden — ausser natürlich für die Anbieter von solchen Schnellschüssen.

<https://www.zg.ch/behoerden/direktion-fur-bildung-und-kultur/schulinfo/schule/uegk-nach-den-fruehlingsferien-geht-es-los>

## „Schule Schweiz für Unentwegte“... Grundlagenartikel und Rosinen

4. April 2016

### **Rudolf Künzli zum Zürcher Beharren auf der Umsetzung des Lehrplans 21**

„Grundsätzlich gelte, dass die Schule mit dem kompetenzorientierten Lehrplan 21 nicht grundlegend umgestaltet werde. Der Kompetenzorientierung liege ein Lern- und Unterrichtsverständnis zugrunde, das in der Aus- und Weiterbildung seit längerem vermittelt werde.“ So begründet die Zürcher Regierung nach einem Bericht der NZZ vom 18. März 2016 (S. 22) ihren Entscheid, die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des Lehrplans 21 weiterzuführen, obwohl demnächst in einer Volksabstimmung über diesen Lehrplan erst noch entschieden werden muss.

Die Argumentation wirft einige grundsätzliche Fragen zur Legitimität und Legitimationspraxis schulpolitischer und insbesondere curricularer Entscheidungen auf. Die Fragen stellen sich juristisch gesehen in nicht repräsentativen, sondern direkten Demokratien verschärft. Die Fragen betreffen die folgenden drei Aussagen: *Zum ersten wird festgehalten, es handle sich bei der Kompetenzorientierung um keine grundlegende Umgestaltung der Schule, zum zweiten wird dies mit dem Hinweis begründet, ein entsprechendes Lehr- und Unterrichtsverständnis werde seit einiger Zeit in der Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer vermittelt und schliesslich wird implizite erklärt, dass für die hier angestrebte nicht grundlegende Umgestaltung von Schule keine öffentliche Legitimation erforderlich sei.*

[Verwaltungsanordnungen sind keine hinreichende Legitimation schulpolitischer Neuerungen,](#)

Rudolf Künzli, April 2016

---

4. April 2016

### **Neue Vision von Bildung**

"Indem die pädagogische Aufmerksamkeit durch eine nationale und internationale Bildungspolitik von den konkreten Umständen von Schule und Unterricht auf deren Resultate verschoben wird, werden Erwartungen gegenüber Schulreformen erzeugt, die sich absehbar nicht einlösen werden."

[Die zweckrationale Verengung von Unterricht - am Beispiel der Agenda 2030,](#)

Walter Herzog, Referat vom 16. März 2016

---

5. April 2016

### **Projekt Fremdsprachenevaluation BKZ**

Die folgenden Links geben Einsicht in die Evaluation der Primarfremdsprachen, die von der Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz beauftragt wurde.

[Schlussbericht zu den Sprachkompetenztests,](#)

[Schlussbericht zu den Befragungen der Schülerinnen und Schüler,](#)

[Schlussbericht zu den Befragungen der Französisch- und Englischlehrpersonen,](#)

Institut für Mehrsprachigkeit Universität Freiburg

---

7. April 2016

### [An den Lehrer](#)

Lieber Herr Lehrer, sehr geehrter Herr Schulten,

dass ich überhaupt hier sitze und diese Zeilen schreibe: Ohne Sie wäre ich nie so weit gekommen.

Erinnern Sie sich noch an das kleine Mädchen mit den langen dunklen Zöpfen? Das sich empörte, weil Sie beim Beruf des Vaters "ungelernter Arbeiter" ins Klassenbuch eintrugen. Ungelernt? Der Vater konnte doch so vieles: Bäume propfen, Kartoffeln ziehen, Schuhe besohlen... Aber konnte er auch lesen und schreiben?

*Liebesbrief an ihren Lehrer: Ulla Hahn, Bild: Literaturhaus Hamburg*

"Steh auf! sagten Sie", Zeit, 30.11.2015

[Weiterlesen »](#)